

➤ zu TOP 4.2

Ltd. KVD Allroggen berichtete, der Ausschuss für Inklusion und Gesundheit habe in seiner gestrigen Sitzung den Beschluss gefasst, für Maßnahmen der Sicherung der Lebensqualität Älterer im ländlichen Raum des Rhein-Sieg-Kreises (Quartiersentwicklung) im Zeitraum Juli 2015 bis Juni 2018 insgesamt 30.000,- € zur Verfügung zu stellen.

Ergänzend informierte er, dass die Bürgermeisterin aus Neukirchen-Seelscheid und die Bürgermeister von Much und Ruppichteroth zu einem Gespräch über dieses angedachte Projekt eingeladen hätten. Darüber hinaus habe man schon an einer Ausschusssitzung der Gemeinde Much teilgenommen. Hierbei sei deutlich geworden, dass alle Bürgermeister ein hohes Interesse an der Umsetzung des Projektes hätten und es aus diesem Grunde auch entsprechend unterstützen würden.

➤ zu TOP 4.3

Ltd. KVD Allroggen berichtete aus der Dienstbesprechung des Landrates mit den Bürgermeistern am 06.02.15, es habe Einigkeit darüber bestanden, dass eine Weiterführung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets nur mit der Maßgabe erfolgen werde, dass die Kommunen die erforderlichen Mittel für die Eigenanteile aus ihrem Haushalt aufbringen könnten. Um eine Anhebung der Kreisumlage von vorneherein zu vermeiden, hätten sich die Hauptverwaltungsbeamten ausdrücklich gegen eine Beteiligung des Kreises an der Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit ausgesprochen.

➤ Anlässlich jüngster Presseberichte wies Ltd. KVD Allroggen auf eine Stellungnahme des Gesundheitsamtes zum Thema „ärztliche Notversorgung im Rhein-Sieg-Kreis“ hin. Über die Absicht der Kassenärztlichen Vereinigung im Bezirk Nordrhein, die Notfallversorgung zu reformieren, habe er bereits den Ausschuss für Inklusion und Gesundheit umfassend informiert. Zusammenfassend könne festgestellt werden, dass keine Verschlechterung der Versorgungssituation im Rhein-Sieg-Kreis zu erwarten sei. Allerdings seien die Verhandlungen bei der Kassenärztlichen Vereinigung noch nicht endgültig abgeschlossen. Er kündigte an, weitere aktuelle Informationen zu dieser Angelegenheit der Niederschrift des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit beizufügen.

➤ Abg. große Deters plädierte dafür, allen Kommunen die Möglichkeit zu eröffnen, Schulsozialarbeit fortzuführen bzw. nachträglich noch einzuführen. Er sehe den Kreis in der Pflicht, entsprechend auf die Kommunen einzuwirken und die Entwicklung hin zur flächendeckenden Schulsozialarbeit voranzutreiben.

Ltd. KVD Allroggen machte darauf aufmerksam, dass im Ausschuss Einvernehmen darüber bestanden habe, TOP`e 4.2 und 4.3 unter TOP 8 „Mitteilungen und Anfragen“ zu behandeln. Das beinhalte, dass keine Aussprache mehr zu dem Tagesordnungspunkt 4.3 stattfinden könne.

➤ Aus aktuellem Anlass wies SkB Degenhardt auf eine RTL-Reportage mit dem Journalisten Günter Wallraff über die Situation in den jobcentern des Bundesgebietes hin. Aus seiner Sicht sei es notwendig, dass dieses Thema sowohl in der Trägerversammlung und dem Beirat des jobcenters als auch im Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration aufgegriffen werde. Er regte an, das Thema bereits in einer der nächsten Sitzungen auf die Tagesordnung zu nehmen. Insbesondere über die Arbeitsbelastung der Mitarbeiter in den jobcentern und die Sinnhaftigkeit verschiedener Maßnahmen des jobcenters sollte im Ausschuss diskutiert werden.

Die Vorsitzende wies darauf hin, dass das von SkB Degenhardt angesprochene Thema „jobcenter - SGB II“ bereits als Schwerpunktthema für eine der nächsten Sitzungen angedacht sei.